Nummer 251

Berliner Börsen-Zeitung

70. Jahrgang.

Sonntag, 31. Mai 1925.

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Verantwortl. Leiter Handelsteil W. Funk Berlin Polit. Teil i. D. Dr. Klüger, Berlin-Steglitz Kunst, Wissenschaft und Lokales J. Köppen, Berlin-Friedenau Inseratenteil i. V. Rangiewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Gel. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juni 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Die Entwaffnungsnote auf dem Wege nach Berlin.

Billigung des Notentextes durch die Botschafterkonferenz.

Paris, 30. Mai.

Ueber die heute nachmittag abgehaltene Sitzung der Botschafterkonferenz wird folgendes offizielle Communiqué ausgegeben: Die Botschafterkonferenz, mit den Instruktionen der alliierten Regierungen versehen, hat heute nachmittag die Fassung der Note festgesetzt, die der deutschen Regierung im Namen der alliierten Regierungen durch ihre diplomatischen Vertreter in Berlin überreicht werden wird. Diese Note wird morgen abend nach Berlin abgehen, am folgenden Dienstag der deutschen Regierung übermittelt werden und aller Wahrscheinlichkeit nach am Mittwoch abend veröffentlicht werden. Sie besteht aus einer Kollektivnote von etwa 5 Seiten und zwei Anhängen. Der erste Anhang setzt sich aus mehreren Teilen zusammen und enthält besonders die Ausführungsliste der Klauseln des Versailler Vertrages, sowie die Liste der verlangten Abstellungen. Der zweite Anhang enthält das Schreiben der Reparationskommission. Beide Anhänge sind etwa 30 Seiten lang.

Eine ergänzende Meldung aus Paris besagt noch: Die Botschafterkonferenz tagte heute nachmittag 3,50 bis 6,30 Uhr unter dem Vorsitz des französischen Delegierten Jules Cambon. Marschall Foch und General Desticker wohnten der Beratung bei. Die Kommission hat einstimmig den Text der Note gebilligt.

Deutschland soll allein abrüsten.

Ein offenes Wort des „Temps" auf die Rede Geßlers.

Paris, 30. Mai.

Die Blätter messen der Tatsache der bevorstehenden Veröffentlichung größte Bedeutung bei. Der „Temps" hebt die günstige Rückwirkung einer solchen Veröffentlichung auf Amerika hervor und meint, es sei von größter Wichtigkeit, daß die gesamte Welt erfahre, daß die Nichträumung der ersten Rheinlandzone vollkommen gerechtfertigt sei, und daß Deutschland selbst die gegenwärtige Situation verschuldet habe. Im Anschluß an

die Reichstagserklärungen des Reichswehrministers Geßler,

wonach die Abrüstung allgemein und nicht ausschließlich auf Deutschland Anwendung finden müsse, meint das Blatt, die Erklärungen des deutschen Reichswehrministers spiegelten eine unerhörte Anmaßung (!) wider und bedeuteten eine absolute Verkennung des Friedensvertrages. Die Sicherheit werde in erster Linie den Mächten gewährt, für welche der deutsche Militarismus eine ständige Drohung sei. Die Rede Geßlers nehme sich eine Abstreitung der Vertragsverpflichtungen heraus, die Deutschland eingegangen sei. Wie solle man unter diesen Umständen dem Reichswehrminister Glauben schenken können, wenn er die friedliche Gesinnung der deutschen Reichswehr und sogar des deutschen Offizierkorps beteuere. Die zustimmenden Aeußerungen der deutschen Presse ließen darauf schließen, daß die Ausfassungen Geßlers von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes geteilt werden.

Es lasse sich alles in allem nur das eine feststellen, daß die materielle Abrüstung eines 60 Millionen Volkes, wenn sie auch noch so vollständig durchgeführt sein möge, belanglos bleiben müsse, solange ihr die moralische Abrüstung nicht vorausgehe(!). Ueber den Inhalt der Note will der „Temps" erfahren haben, daß die Räumung der ersten Rheinlandzone ausschließlich von dem guten Willen Deutschlands abhänge.

Die bulgarischen Miliztruppen sollen sofort entlassen werden.

Paris, 30. Mai.

Die Botschafterkonferenz hat sich ferner mit dem Ersuchen der bulgarischen Regierung beschäftigt, die 10 000 Mann Miliztruppen, die sie infolge der kommunistischen Unruhen einstellen mußte, in Etappen zu entlassen. Die Kommission hat diese Forderung abgelehnt und beschlossen, daß, wie vorgesehen, die 10 000 Mann am 31. 5. zu entlassen sind.

Das Führerproblem und die Verfassungsform

Von

Unterstaatssekretär a. D. Franke.

Viele Deutsche haben geglaubt, daß der Aufstieg von Führernaturen im alten Obrigkeitsstaat behindert gewesen sei und daß er durch die Einführung einer demokratischen Verfassung erleichtert werden würde. Heute wird wohl von der überwiegenden Mehrheit der urteilsfähigen Deutschen anerkannt, daß gerade auf diesem Gebiet unsere neue Staatsform bisher die größte Enttäuschung gebracht hat. Nun wird man gerechterweise anerkennen müssen, daß jede neue Form einer gewissen Frist bedarf, um sich einzuführen. Nachdem aber jetzt mehr als sechs Jahre seit der Staatsumwälzung verflossen sind, wird es Zeit zu prüfen: Inwieweit ist die Tatsache der Enttäuschung auf unvermeidliche Kinderkrankheiten der neuen Verfassungsform zurückzuführen? und inwieweit hängen die vorhandenen Mängel ursächlich mit der Staatsform zusammen, und wo wäre der Hebel zur Besserung anzusetzen? In diesem Sinne soll das Führerproblem, als das für unsere Zukunft ernsteste Problem, in diesen Zeilen nicht etwa zu lösen gesucht, sondern nur zur Erörterung gestellt werden.

Mit dieser Erörterung darf zur Vermeidung von Unklarheit die andere Frage nicht verquickt werden, ob die heutige Zeit für die Entwicklung von Persönlichkeiten mehr oder weniger günstig ist. Das zu entscheiden, wird Aufgabe der Geschichtsforschung sein. Folgt man einer verbreiteten Ansicht, daß gerade Uebergangszeiten für die Entwicklung von Persönlichkeiten besonders günstig sind, wie dies das Beispiel des Zeitabschnitts von der französischen Revolution bis zu den Befreiungskriegen zu beweisen scheint, dann wäre die heutige Zeit sogar besonders günstig. Denn die mit dem Weltkriege begonnene und heute noch nicht abgeschlossene Weltkatastrophe ist weit umfassender, und die Aufgabe, den jetzigen Wirrwar zu lösen, weit schwieriger, als es zu Beginn des vorigen Jahrhunderts der Fall war. Also nicht um die Frage handelt es sich, ob unsere geschichtliche Lage für die Entwicklung von Führernaturen günstig ist, sondern darum, ob die vorhandenen Führernaturen den Weg zum Aufstieg finden können oder ob sie unerkannt verblühen. Denn daran kann man gefühlsmäßig, wenn man es auch nicht beweisen kann, garnicht zweifeln, daß in unserem deutschen Volke der Denker und Dichter bedeutendere Führernaturen vorhanden sein müssen als die meisten derer, die seit dem Umsturz die Führung des Volkes in die Hand genommen haben.

Bei der Erörterung des Führerproblems im Zusammenhang mit der Staatsform müssen auch die ganz Großen ausscheiden, die zwar vom Geiste ihrer Zeit abhängig sind, aber nicht von der Staatsform, sondern die ihrerseits den Staat formen. Alexanders Genie erwuchs aus dem antiken erblichen Königtum, Julius Cäsar aus dem Sumpf einer an Sittenlosigkeit, Mordsucht und Habgier nicht zu überbietenden demokratischen Republik, Friedrich der Große aus den engen Verhältnissen eines absolutistischen Kleinstaats, Bismarck aus dem konstitutionellen Königtum und Obrigkeitsstaat. Nicht um solche ganz Großen handelt es sich, wie sie der Welt in Jahrhunderten einmal geschenkt werden, sondern um Führer regelrechten Formats, aber doch um Führer, die das Mittelmaß der Gebildeten um Haupteslänge übertragen.

Welche Anforderungen sollen nun solche Führer zum mindesten erfüllen? Darauf gibt uns die beste Antwort der 80 jährige Goethe in seinem Gedichte „Vermächtnis", in dem er uns aus seiner abgeklärten Weltanschauung heraus ein wahres Vermächtnis seines Lebens hinterlassen hat. Der Führer soll nach Goethe der reinen Wahrheit nachstreben, also über den Dingen stehen und ein abgeklärtes Urteil haben. Das ist, auf unsere heutige Staatsform angewandt: Er soll in seinem Handeln über den Parteien stehen. Er soll aber nicht bloß auf geistiger, sondern auch auf sittlicher Höhe stehen, ein „selbständiges Gewissen" haben, d. i. ein höheres Verantwortungsgefühl als die Gefolgten. Und er soll s. durch Selbstzucht und Selbstbeschränkung imstande sein, seinen geistigen und sittlichen Idealen gemäß zu handeln, also eine harmonische Persönlichkeit sein; denn er soll nicht bloß befehlen, sondern auch wirklich führen, d. h. ein Beispiel sein. Ein Führer, der nur hervorragende geistige Fähigkeiten hat, aber nicht von sittlichen Idealen getragen ist und es an Selbstbeschränkung fehlen läßt, und sei er auch ein Genie wie Napoleon I., wird nichts schaffen, was seinem Volke und der Menschheit von dauerndem Wert ist.

Wie waren nun früher die Bedingungen für den Aufstieg von solchen Führernaturen und wie geschah die Auslese? Im früheren Obrigkeitsstaat war es die persönliche Auslese durch den Monarchen unter dem Einfluß der führenden Regierungsmänner. Die hervorragendsten Erfolge in der Auslese hatte die absolute Monarchie in der Zeit von Friedens Zusammenbruch im Anfang des vorigen Jahrhunderts. Welche Fülle geistig und sittlich großer Menschen, echter Persönlichkeiten wurde damals entdeckt! Und sie wurden aus allen Kreisen herangezogen, aus den Kreisen des selbständigen Adels und des kleinen Bürgertums, der Offiziers- und Beamtenlaufbahn und den freien Berufen. Daß ein Vaterlandsfreunde das Herz in dem Wunsche, daß ein gütiges Geschick unserem Führernatur en bescheren oder sie, wenn sie etwa vorhanden, an die Oberfläche bringen möge.

Auch in der politisch trüben Zeit nach den Befreiungskriegen war die Auslese, wenn auch bedeutende Staatsmänner fehlten, wenigstens an Führern großen Ranges eine gute; sonst hätte das Berufsbeamtentum nicht in zäher, stiller Arbeit, z. B. durch Gründung und Ausdehnung des Zollvereins, den Aufstieg des Deutschen Reichs vorbereiten können. Dann war uns noch unter Bismarcks Führung eine Blütezeit beschieden, in der nicht bloß die Heerführer und Regierungsvertreter, sondern auch die Volksvertreter, die allerdings damals noch nicht begabt wurden, auf einer uns Epigonen unerreichbaren Höhe standen. Wenn in der nachbismarckschen Zeit große Staatsmänner fehlten, so haben wir doch fast bis zum Umsturz gute, vielfach ausgezeichnete Ressortchefs und infolgedessen eine hervorragend arbeitende Staatsverwaltung gehabt.

Die Hauptquelle für die Auslese von Führerpersönlichkeiten

bildete in der Zeit des Obrigkeitsstaates das Berufsbeamtentum einschließlich der Selbstverwaltungsbeamten; daneben kamen leitende Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben, in einzelnen Fällen Generäle und Volksvertreter in Betracht. In der vorzugsweisen Berücksichtigung des Berufsbeamtentums lag insofern, was den Kreis der überhaupt zur Auslese kommenden Personen anlangt, eine Beschränkung, als der Ersatz des leitenden Beamtentums in der Regel von akademischer und Fachausbildung abhängig und vielfach auf diejenigen Kreise beschränkt war, in denen die Beamtenlaufbahn bevorzugt wurde. Es fand aber tatsächlich ein gesunder Nachschub von unten nach oben, also von den mittleren und unteren Volksschichten in die führenden Kreise statt, meistens, einer natürlichen Entwicklung entsprechend, in der zweiten und dritten Generation. Gleichwohl erwies sich die gedachte Beschränkung insofern als ein Fehler, als ein Gegensatz zwischen weiten Volksteilen und den führenden Schichten entstand. Für die Führerauslese ergab der Vorteil der Züchtung: Es bildete sich eine wertvolle Ueberlieferung heraus, Pflichttreue und Genügsamkeit, peinliche Beachtung der Standesehre, kurz, eine ideale Lebensanschauung, wie sie für echte Führer unbedingte Voraussetzung ist. Da jeder Staatsmann auf Ressortchef, also nicht bloß Führer des Volks, sondern auch im besonderen Führer des Berufsbeamtentums ist, kam als besonderer Vorteil zur Geltung, daß die Führer überwiegend in der Staatsverwaltung groß geworden waren und sich vor ihrer Beförderung in leitende Stellen grundsätzlich in minderwichtigen Stellen bewährt hatten. So war mit der glänzende Zustand der Staatsverwaltung nach der technischen Seite hin gesichert.

Was die staatsmännischen Fähigkeiten der so gewonnenen Führerschaft anlangte, so bewiesen schon allein der Aufschwung der deutschen Wirtschaft bis zum Weltkrieg und der Vorsprung, den Deutschland vor allen anderen Ländern auf den sozialen Gebiete hatte, vor allem das trotz dem deutschen Hang zur Uneinigkeit ungetrübte Verhältnis zwischen den deutschen Volksstämmen, daß die Führung in der inneren Politik erfolgreich war. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat die Führung seit Bismarcks Abgang wenig Erfolg gehabt. Ein Fehler lag in der besonders starken Verengung des Kreises, aus dem die Beamten des diplomatischen Dienstes entnommen wurden, sowie in der für den Nachwuchs nachteiligen strengen Scheidung der diplomatischen Laufbahn von der Konsulatslaufbahn. Der tiefere Grund aber lag darin, daß uns Deutschen bis zum Weltkriege der Sinn für Weltpolitik mangelte. Jedes Volk hat die Beamten, die es verdient. Und wir Deutschen hatten keine bedeutenden Weltpolitiker, weil wir alle, auch die Volksvertreter, gegenüber der Welt-

Milderungen in der Handhabung der Personal-Abbauverordnung.

Eine neue Gesetzesvorlage der Reichsregierung

Die Nachrichtenstelle des Reichsfinanzministeriums teilt mit:

Wie bekannt, hat die Reichsregierung stets die Absicht gehabt, die durch die Reichsverfassung gewährleisteten wohlerworbenen Rechte der Beamten, die durch die Personalabbau-Verordnung aus der Not der Zeit heraus eingeschränkt werden mußten, wiederherzustellen, soweit und sobald die Verhältnisse es gestatten. Dies war bei Einbringung der Novelle zur Personalabbau-Verordnung im Januar/Februar ds. Js. noch nicht möglich. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse zugunsten der Beamten so verändert, daß es der Reichsregierung angängig erscheint, gewisse weitere Milderungen in der Handhabung der Personalabbau-Verordnung eintreten zu lassen. Die Reichsregierung hat sich daher in Uebereinstimmung mit den sie stützenden Parteien des Reichstages entschlossen, auf eine Weiterverfolgung des dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurfes zu verzichten und eine neue Gesetzesvorlage einzubringen, die in mannigfacher Hinsicht den Wünschen der Beamten weiter entgegenkommt. In erster Reihe sollen die Abbaubestimmungen aufgehoben, sowie Verbesserungen auf pensionsrechtlichem Gebiet vorgenommen werden. Da durch die vorgesehene Neuregelung die beamtenrechtlichen Interessen der Länder und Gemeinden besonders berührt werden, ist der Weg einer neuen Gesetzesvorlage gewählt worden, um auch dem Reichsrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die neue Vorlage ist bereits dem Reichsrat sowie den Landesregierungen übersandt, sodaß mit einer endgültigen Erledigung der Angelegenheit in kurzer Zeit zu rechnen ist.

Die Bezüge der unteren Reichsbahnbeamten.

Die Reichsbahngesellschaft teilt mit:

Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner verbreitet in der Oeffentlichkeit Nachrichten, aus denen sie unter Verwendung amtlichen Materials nachweisen will, daß die Bezüge der Reichsbahnbeamten in den unteren Besoldungsgruppen niedriger und in den oberen Besoldungsgruppen höher sind als die Bezüge des Jahres 1913. Diese Angaben treffen nicht zu. Das amtliche Material, das die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner zu ihrer Verfügung verwendet hat, zeigt vielmehr mit Deutlichkeit, daß das Umgekehrte der Fall ist.

Eine neue belgische Ministerliste.

Vandervelde Außenminister?

TU Brüssel, 30. Mai.

In unterrichteten Kreisen beurteilt man heute die Aussichten auf Lösung der Kabinettskrise wieder optimistischer. Wie verlautet, wird sich die neue Regierung wie folgt zusammensetzen:

Ministerpräsident und Aeußeres: Poullet,
Finanzen: Albert Janssen,
Kriegsminister: General Hellebaut,
Landwirtschaft: Tschoffen,
Kolonien: van Dievoet,
Auswärtige Angelegenheiten: Vandervelde,
Justiz: Destree,
Arbeiten: Wauters,
Eisenbahn und öffentl. Arbeiten: Soelle,
Kunst und Wissenschaft: Hißmann.

Logans Entlassungsgesuch angenommen.

London, 30. Mai.

Nach einer Reutermeldung aus Washington hat Staatssekretär Kellogg das Entlassungsgesuch des amerikanischen Beobachters bei der Reparationskommission in Paris Logan, der aus persönlichen und geschäftlichen Gründen seinen Posten aufgibt, angenommen. Zu seinem Nachfolger wurde Ralph Will, Hilfssolicitor im Staatsdepartement, ernannt. Logann wird, wie verlautet, eine leitende Stellung in dem New Yorker Bankhause Dillon-Read Co. übernehmen. Zurzeit befindet er sich auf der Reise nach Paris, um seinen Nachfolger in sein Amt einzuführen.